

Geschäftsstelle:
Bernauer Straße 100
16515 Oranienburg
Postanschrift:
PF 100121
16501 Oranienburg
Tel.: (0 33 01) 57 55 37
Fax: (0 33 01) 57 55 39
E-Mail: info@bundeselternrat.de

13. April 2008

Resolution

zur Fachtagung der Ausschüsse Gesamtschulen, Realschulen und Berufsbildende Schulen vom 11.04. bis zum 13.04. 2008 in Tabarz zum Thema

„Chancengerechtigkeit von Schülerinnen und Schülern vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“

Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung in Deutschland auf etwa 75 Millionen Menschen schrumpfen. Seit Jahrzehnten sinkt die Zahl der Kinder, die Bevölkerung wird immer älter und durch Zuwanderung immer vielfältiger, Familienstrukturen und Lebensläufe ändern sich. Die demografische Entwicklung und der fortschreitende Strukturwandel werden unsere Gesellschaft spürbar verändern. Es wird immer weniger zu verteilen geben. Der Druck auf die gewachsenen politischen und sozialen Systeme steigt.

Schon 1965 hat der Sozialwissenschaftler Georg Picht festgestellt, dass „Bildungsnotstand ... wirtschaftlicher Notstand“ ist: „Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht.“

Die steigende Kinderarmut wird in der Gesellschaft zu wenig diskutiert und wahrgenommen. Welche vielfältigen Auswirkungen auf alle Lebensbereiche das mit sich bringt, beginnen wir gerade erst zu begreifen.

Um Chancengerechtigkeit zu erreichen und langfristig zu sichern, fordern die Fachausschüsse:

- die Folgen des in vielen Studien deutlich gewordenen signifikanten Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und den Bildungsmöglichkeiten der Kinder abzuschaffen
- Schulen so zu gestalten, dass die individuellen Fähigkeiten aller Kinder erkannt und optimal gefördert werden; **Wir brauchen ALLE!**
- die frühe Einführung (ab Klasse 5) von Maßnahmen der Berufsorientierung
- die Nachhaltigkeit zukunftsorientierter Projekte sicherzustellen
- die kostenlose Schülerbeförderung, Lernmittelfreiheit und Unterkunft (bei erforderlicher auswärtiger Unterbringung)
- die Schulsysteme länderübergreifend kompatibel zu gestalten, um der geforderten Mobilität der Gesellschaft gerecht zu werden

Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht. Nicht das soziale Umfeld darf die Qualifizierung unseres Nachwuchses bestimmen, sondern vielmehr müssen Ressourcen bereitgehalten werden, um Chancengerechtigkeit herzustellen.

Bildung muss

- qualitativ hochwertigen Unterricht
- Motivation in allen Schulformen für das lebenslange Lernen
- die Durchlässigkeit im Schulsystem
- die Selbstständigkeit der Schulen (Budgethoheit, Personalhoheit, Flexibilität bei der Stundentafelgestaltung u. a.)
- flächendeckende Schulversorgung - auch im ländlichen Raum
- die Möglichkeit zum Besuch von Ganztagschulen

sicherstellen.

Die Angebote von Berufsorientierung sind stärker zu vernetzen. Schwerpunkt in der Berufsorientierung ist die Vermittlung von Kompetenzen. Dazu bedarf es zentraler Koordinationsstellen und außerschulischer qualifizierter Partner.

Jugendliche u. a. mit Migrationshintergrund, Teilleistungsschwächen und schwachem Notendurchschnitt bei allen Schulabschlüssen bedürfen geeigneter Unterstützung bei der Berufswahl.

Die politischen und finanziellen Prioritäten müssen zugunsten der Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik verschoben werden, um unverzüglich bessere Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen.



Dieter Dornbusch
Vorsitzender Bundeselternrat